

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.
Der Samstagsnummer wird das „Illustrierte Sonntagsblatt“ sowie die „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“, der Dienstanzeige die „Börsenliche Unterhaltungsbeilage“ gratis beigegeben.

Abonnementpreis
vierteljährlich 2 Mk. 20 Pfg.
für Homburg 30 Pfg. Bringer-
lohn pro Quartal — mit der
Post bezogen frei ins Haus
geliefert 3 Mk. 17 Pfg.
Wochenabonnement 20 Pfg.

Kreiszeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Inserionsgebühren
15 Pfg. für die vierpaltige
Zeile oder deren Raum, für
lokale Anzeigen 148 zu vier
Zeilen nur 10 Pfg. Am
Metameter die Zeile 30 Pfg.

Anzeigen
werden am Erscheinungstag
möglichst frühzeitig erbeten.

Redaktion und Expedition
Rauhenstr. 73.

Telephon 414.

Hof- und Gesellschaftsbericht.

Karlsruhe, 3. Februar. Ueber das Befinden der Prinzessin Wilhelm wurde heute Mittag folgender ärztlicher Bericht ausgegeben: In dem Befinden der Frau Prinzessin ist heute eine gewisse Besserung eingetreten, doch ist entsprechend dem hohen Alter und dem bis jetzt herrschenden Schwachzustand der hohen Patientin die Lage noch immer als ernst anzusehen. gez. Dr. Leo Müller. — Die Herzogin von Anhalt, die Tochter der erkrankten Prinzessin Wilhelm von Baden, ist heute in den ersten Morgenstunden hier eingetroffen und hat im Palais ihrer Mutter Wohnung genommen. — Heute Abend findet im Großherzoglichen Schloß ein Hofball statt, zu dem über 1000 Einladungen ergangen sind, der aber in Anbetracht der Erkrankung der Prinzessin Wilhelm wesentliche Einschränkungen erleiden dürfte.

Politische Nachrichten.

Deutscher Reichstag.

Präsident Kaempf bedauert den Tod des Zentrumsabgeordneten Dr. Preuß, widmet den mit dem Vizepräsidenten untergegangenen Seeleuten ein kurzes Nachwort und verweist dann noch bei zwei erfreulichen Tagesereignissen; dem drahtlosen Begrüßungstelegramm, das der Kaiser dem Präsidenten der Vereinigten Staaten sandte und der Vollendung der ostafrikanischen Bahn. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen. Ein Professor und ein Chemiker haben ein Heilmittel gegen die Maul- und Klauenseuche. Herr Gothein (Sp.) hält es für unsehbar, so daß künftig die Grenzen nicht mehr gesperrt zu werden brauchen aus Angst vor der Einschleppung der Seuche. (So denkt er, sagt es natürlich nicht.) Das Reich soll das Mittel erwerben. Ministerialdirektor von Jonquieres winkt ab. Erstens wisse man noch nichts Genaues über die Wirkungen und zweitens liege kein Interesse für eine Verstaatlichung vor. Herr Kunert (Soz.) will wissen, wie weit die Denkschrift über die Vereinfachung der Heeresverwaltung gediehen sei. Oberst Schuch antwortet, man werde es bei der Beratung des Militärstats noch zeitig genug erfahren. Den Abgg. Müller-Meinigen und Dr. von Liszt wird auf Wunsch mitgeteilt, daß ein Gesetzentwurf über eine Frage des Grundkredits (Schäden der Mietzessionen) in Arbeit sei. Dann beginnt die Einzelberatung zum Etat des Innern. Redner aller Parteien legen sich für die Besserung der sozialen Lage der Hochseefischer ins Zeug. Es ist immerhin interessant, daß nicht deren alten Räte, sondern das moderne Volksinteresse für die Fischnahrung als Surrogat für teures Fleisch das Herz der Parlamentarier für diesen abwegigen Stand besonders zu erwärmen vermochte. Für eine Erhöhung des nur 350 000 Mark betragenden Fonds sind mehr oder weniger alle, der Chemiker Genosse Roske wie der Nationalliberal Schwabach, der konservative Rittergutsbesitzer von Boehlendorff-Kölpin wie der freisinnige Arzt Dr. Struve. Freiherr von Richtigofen wünscht auch die Verteilung zweckmäßiger

als bisher gestaltet. Es folgt eine kurze Debatte, in der einige Abgeordnete Wünsche in bezug auf Seemannsheim und Postdampferverbindungen vortragen. Dann nimmt das Haus den Kampf gegen die „Reblaus“ auf. Genosse Peirotes fordert eine mildere Handhabung des Reblausgesetzes. Ministerialdirektor von Jonquieres stellt eine neue Vorlage mit zweckmäßigen Änderungen in Aussicht. Nach kurzer weiterer Debatte wird der Titel bewilligt. Um 6 Uhr vertagt sich das Haus. Heute wird über die Handhabung des Vereinsrechtes verhandelt.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Etats aus, um sich mit der Interpellation des Zentrums über das Unglück auf der Zeche Minister Achenbach zu beschäftigen. Begründet wurde die Interpellation von einem der Arbeiter-Abgeordneten des Zentrums, dem Bergarbeiter Imbusch, der von der Regierung wissen möchte, welche Maßregeln zur Verhütung weiterer Unglücksfälle getroffen wurden. Er spricht sehr gemäßigt und macht nur praktische Vorschläge. Handelsminister Sydow gibt eine Schilderung über die Entstehung des Unglücks. Der Tod von 24 wackeren Bergleuten sei zu beklagen, aber in diesem Falle habe es sich um eine Schlagwetterkatastrophe gehandelt und nicht um eine Kohlenstaub-Explosion. Die Sicherheitsleute fühlen sich zu sehr als Angehörige der Arbeiter-Organisation. Unter lautem Beifall schließt der Minister mit der Versicherung, daß die Regierung nach wie vor eifrig den Kampf gegen die Gefahren des Bergbaues führen werde. Bei Besprechung der Interpellation erhält als Erster der konservative Schulze-Peltum das Wort, dem Herr Traube von der Volkspartei folgt. Er wünscht gesetzliche Versicherung der Lebensretter und ihrer Hinterbliebenen. Der nationalliberale Sprecher Althoff weist das Schlagwort von der Jagd nach Kohle zurück und macht dann dem sozialdemokratischen Führer Hue Plaz, der zuerst die Ausländerfrage bespricht und dann im Sinne der freien Gewerkschaften an den Sicherheitsmaßnahmen der Bergbehörden Kritik übt. Nach weiteren kurzen Reden vertagt sich das Haus um 4 Uhr auf Mittwoch, den 4. Februar, 11 Uhr, um mit der Beratung des Justizstats fortzufahren.

Eine elsäß-lothringische Stimme zum künftigen Kurs der Reichslande.

Die elsäß-lothringische Krise ist mit der Neubefragung der Stellung des Staatssekretärs und des Unterstaatssekretärs der Reichslande noch nicht erledigt. Zwar bringt man diesen neuen Instanzen in der Westmark eine Art zukommender Zurückhaltung entgegen, doch herrscht über die politische Entwurfsung der durch den Regierungswechsel entstandenen Krise so lange keine Klarheit, bis der Statthalterposten ebenfalls neu besetzt ist. Interessant ist es nun, festzustellen, daß in Elsäß-Lothringen sich jetzt Regungen bemerkbar machen, die aus dem Volke heraus eine Einwirkung auf den künftigen Kurs der reichsländischen Regierung anstreben. Die Resolution, welche die elsäß-lothringische Vereinigung auf ihrer fünften Jahresversammlung angenommen hat, zeigt, daß eine vorsichtige, aber energische und gesunde Politik der Vermittlung zwischen den deutsch und den französisch gesinnten Elementen bei der

reichsländischen Bevölkerung Anklang findet. Es ist nur zu begrüßen, wenn die Elsäß-Lothringer selbst sich sammeln und die Krise, soweit sie in der natürlichen Zusammensetzung der Bevölkerung begründet ist, aus eigener Kraft zu überwinden streben. Die künftige Regierung der Reichslande kann aus solchen Bestrebungen, wenn sie sich im Volk durchsetzen, nur Nutzen ziehen.

Verkehrsgezet für die Luftschiffahrt.

Berlin, 3. Februar. Dem Reichstage ist der Entwurf eines Luftverkehrsgezetes, der vom Bundesrat genehmigt ist, zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme zugegangen. Der erste Abschnitt des Gesetzentwurfes enthält Verkehrsverordnungen. Danach bedarf jeder, der außerhalb der Flugplätze ein Luftfahrzeug führen will, eines Führerzeugnisses. Auch die Luftfahrzeuge selbst bedürfen eines behördlichen Zulassungsscheines. Aufstieg, Landung und Flugplätze dürfen nur mit Genehmigung der Behörden angelegt werden. Ebenso bedarf die gewerbsmäßige Beförderung von Personen oder Sachen durch Luftfahrzeuge der behördlichen Genehmigung. Im zweiten Abschnitt des Gesetzes wird die Haftpflicht der Luftfahrzeugbesitzer behandelt. Der dritte Abschnitt enthält die Strafvorschriften.

Landung deutscher Offiziersflieger in Frankreich.

Nancy, 3. Februar. Ein deutsches Flugzeug mit zwei Leutnants landete heute Nachmittag 12½ Uhr zwischen Chantilly und Croismare. Die Offiziere erklärten dem Unterpräfekten von Luneville, daß sie von Straßburg nach Metz fliegen wollten. Nachdem Straßburg passiert worden sei, hätten sie die Richtung verloren, so daß sie landen mußten, ohne zu wissen, wo sie sich befanden. Bei der Landung wurde das Flugzeug beschädigt. Das Flugzeug war mit dem Oberleutnant des badischen Fußartillerieregiments Nr. 14 Prestien und mit dem Leutnant des lothringischen Fußartillerieregiments Nr. 16 Gerner besetzt. Der Unterpräfekt ließ den Apparat, der von Gendarmen und einer Abteilung Artilleristen bewacht wurde, demonstrieren. Dabei halfen die Mechaniker des 8. Artillerieregiments den Offizieren.

Die nordamerikanische Sperre.

Das Gezet über die Beschränkung der Einwanderung nach der Union, das im nordamerikanischen Repräsentantenhaus erneut verhandelt wurde, ist jetzt schon weiter gediehen. Es soll nach den neuen Beschlüssen der nordamerikanischen Delegierten an die Einwandernden die Anforderung gestellt werden, daß sie eine bestimmte Schulbildung nachweisen. Wird diese Anforderung nicht erfüllt, so wird die Erlaubnis zur Einwanderung verweigert. Man will dadurch dem Ueberhandnehmen des Analphabetentums einen Riegel vorschieben. Besondere Beachtung verdient der Beschluß, daß Hindus, Mongolen, Malaien und Afrikanern die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten prinzipiell verweigert werden solle. Nur wo internationale Verträge oder Abkommen in dieser Frage bestehen, soll diese Bestimmung nicht zur Anwendung gelangen. Die Vorschrift bedeutet nichts anderes als eine indirekte Bevorzugung des weißen Elementes in der amerikanischen Bevölkerung. Der Konflikt, der sich in letzter Zeit zwischen der Union einerseits und Japan und China andererseits entwickelt hat, wird durch die Annahme der Gesetzesvorlage in dieser Form noch verschärft.

Zu Böllstein auf der Höhe.

(Fortsetzung.)

5] Die Anne-Lies hielt das Kind im Arme und drückte es fest an ihr Herz, dann sah sie ihren Mann bittend an, als wollte sie sagen:

„Kaspar, wir wollen es behalten!“
Doch der kam ihrer Bitte, ehe sie dieselbe ausgesprochen hatte, entgegen: „Anne-Lies, ich bin einverstanden.“ Er nahm das Kind, drückte und küßte es. Dann sagte er mit feierlicher Stimme:

„Weine nicht, Gertrude, Du bist kein Waisenkind. Ich bin Dein Vater und diese Frau dort ist Deine Mutter. Wir wollen Dich lieb haben bis in den Tod.“

Aus dem Hintergrunde aber war der alte, treue Lehrer des Dorfes, ein Greis mit silberweißen Locken, hervorgetreten, hielt seine Hände segnend über die Drei und sprach tief ergriffen: „Gott segne Euren Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.“

Die Strahlen der Weihnachtskerzen gossen ihr milbes Licht friedlich über die Männer und Frauen und über das unbekannte Kind mit den blonden Locken, dem roßigen, kleinen Munde und den tiefblauen Augen.

Draußen brauste der Schneesturm in ungeschwächter Kraft; in dem Sturme aber ging der Odem Gottes über die Berge des Odenwaldes und erfüllte die Räume des Wirtshauses in Böllstein mit Frieden.

Von Kirch-Brombach herauf tönten durch Nacht und Schnee die Weihnachtsklöden. Ihr Klang brach sich an den Felsen und jubelte in tausend frohen Akkorden über Höhen und Täler:

„Ehre sei Gott in der Höhe!“

Zweites Kapitel.

Frisch auf, ihr Waffenträger,
Die Schwerter kühn gefaßt!
Heut zog der wilde Jäger
Aus seinem Bergpalast.
Die Luft durchstob mit Säusen
Des Rodensteiners Heer,
Und Kriegsturm wird umbrauen
Run Berge, Tal und Meer.

Fünfzehn Jahre waren seitdem verfloßen, und schwere politische Stürme zogen über das deutsche Vaterland. Napoleon hatte Deutschland darnieder geworfen und Unglück über Hütten und Paläste gebracht. Auch die Odenwälder Bevölkerung litt schwer unter Einquartierung und Soldatendurchzügen; am übelsten waren die Talbewohner daran, während die Ortschaften auf den Höhen vielfach vor Brandschakungen und Raubzügen des Kriegsvolkes verschont blieben.

Doch die göttliche Gerechtigkeit war vom Himmel herniedergestiegen und ereifte den gewaltigen Korsen auf den Eisfeldern Rußlands. Wer noch beten konnte, betete:

„Herr! Löse unserm Volke die Fesseln, daß es frei werde vom französischen Joch!“

Auf den Bergen oben wurden schon im stillen die Holzstöbe errichtet, die als Flammenzeichen über Täler und Ebenen hinweg emporloben sollten, um der nimmer erloschenen Vaterlandsliebe zu verkünden: „Halte aus! Der Tag der Abrechnung ist nahe.“

Mehr wie einmal wäre der Bagenwirt seiner Grabschuld wegen den französischen Kriegsgesellen anheimgefallen, hätten ihn nicht die Klugheit und Besonnenheit seiner Anne-Lies wie die Liebenswürdigkeit seiner bildschönen Tochter Gertrude oder Trudel, wie sie genannt wurde, vor unüberlegtem Handeln zurückgehalten.

Heute aber, am Weihnachtsabend 1812, konnten beide seiner Begeisterung für Deutschlands Freiheit keinen Einhalt tun.

Eine Extrapost von Darmstadt war wieder über die Böllsteiner Höhe geklettert, der Postillon blies, was das Zeug hielt, über die verschneiten Wälder hinweg, und was blies er? Alte Freiheitslieder, die in Böllstein hinein und in das Herz des biederen Wirtes drangen.

„Anne-Lies, Trudel! Mutter und Kind, laßt Euch umarmen! Deutschland wird frei,“ rief er ahnungsvoll, „der alte Götz hat's geblasen.“

Der Postwagen hatte unterdessen das Dorf erreicht und hielt vor dem Wirtshause still.

„Götz, das Lied von der Freiheit trägt Dir eine Maß. Heute erhältst Du einen Schoppen. Den Rest gebe ich Dir in Flaschen mit für Frau und Kind daheim.“

Auch von mir bekommt der Götz eine Maß!“
Es war die Stimme des Försterjacks. Derselbe trat aus dem Hofe heraus und reichte dem Postillon die Hand. Dann zündete er das Licht in den Laternen des Wagens an, denn es dämmerte stark.

„Götz, was ist geschehen, daß Du Freiheitslieder bläsest? Warst Du doch seither so furchtsam und wagtest nicht einen Ton, als ob die Franzosen und ihre Schergen Dich spornstreichs in Dein eigenes Horn hineinjagen würden!“

„Wißt Ihr's noch nicht, Kaspar, was alle Welt weiß? Moskau, das Hauptquartier der Franzosen, ist abgebrannt, Rußland ist eingefroren und Napoleon steckt in der Tinte bis über die Ohren. Alle seine Heere sind auf der Flucht, und er selbst ist vor wenigen Tagen auf einem Bauernschlitten wie ein Verfolgter durch Schlesien über Dresden und quer durch Deutschland nach Paris geflohen.“

„Valeri juchhe!“ jubelte der Bagenwirt und stampfte mit dem Fuße auf. „Das war Frühlingston mitten im Winter. Schade um die deutschen Brüder, die notgedrungen mit nach Rußland mußten!“

„Tut nichts,“ versetzte der Förster, „je ärger der Sturm rüttelt, desto fester werden die deutschen Eichen, und sie schütteln schließlich den Adler von ihren Wipfeln.“

(Fortsetzung folgt.)

Lokale Nachrichten.

Homburg v. d. H., den 4. Februar 1914.

Sitzung der Stadtverordneten- Versammlung

vom 3. Februar.

Vom Magistrat sind anwesend die Herren Oberbürgermeister Lübke, Bürgermeister Zeigen, Stadtbaurat Meyer sowie die Stadträte Baehl, Braun, J. Weig und Dr. Wien, außerdem 26 Stadtverordnete.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Stadtverordneter Dr. Rüdiger zwei Einladungen bekannt, und zwar von dem „Obst- und Gartenbauverein“ zu seinem Winterfeste und dem „Bunde kommunaler Polizei-Beamten“ zu dessen Kaisergeburtstagsfeier.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Befreiung der Lehrpersonen an den höheren und Volksschulen von der Krankenversicherungspflicht. Der Magistratsbeschluss beschränkt sich auf den Hinweis, daß den Lehrpersonen in Erkrankungsfällen der Gehalt weiter gezahlt und den Ansprüchen des § 169 A.R.G. dadurch entsprochen wird. Es hat somit Befreiung von der Krankenversicherung einzutreten.

Stadtv. Dippel bezieht diesen Beschluss als unsozial, denn es würden dadurch eine Reihe guter Beitragszahler der Kasse entzogen. Oberbürgermeister Lübke versteht diese Polemik gegen den Magistratsbeschluss nicht. Derselbe schaffe keinen neuen Zustand. Die Lehrer sind kraft ihres Anstellungsvertrages von der Versicherungspflicht befreit und der Magistrat deklarieren einfach nur den Zustand, wie er ist. Stadtv. Dr. Kappus meint, die besser bezahlten Leute würden damit der Kasse entzogen, dagegen die minder guten ihr belassen. Stadtv. Dr. Wertheimer glaubt, daß die beiden Vorredner die eigentliche Sachlage gänzlich verkennen und Stadtv. Zimmerling bemerkt, daß die städtischen Behörden ihre soziale Pflichterfüllung darin suchen, daß sie die in Rede stehenden Personen so sicher stellen, wie sie die Krankenkasse auch stellt. Das sei die soziale Aufgabe der Stadt. Der Magistratsantrag findet hierauf Annahme.

2. Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 1914. Dieselben betragen 41 580 M. Der diesbezügliche Magistratsantrag wird angenommen.

Punkt 3 bis 7 der Tagesordnung betreffen Bewilligung von Nachkrediten zu folgenden Etatspositionen: Desinfektionen 700 M., Unterhaltung der Kanäle 800 M., Verputz des Rathauses 350 M., Stadtbibliothek 400 M. (Nachtrag zum Katalog und Neudruck), Beschaffung von Lagerbeständen beim Gaswerk 5000 M. (Kosten für Rohranschaffung). Stadtv. Dippel findet es unbegreiflich, daß zu dem Verputz des Rathauses, welcher mit 500 M. veranschlagt worden war, noch 350 M. nachbewilligt werden müssen. Stadtbaurat Meyer belehrt ihn dahin, daß sich damals der Umfang der Reparaturen noch nicht übersehen ließ. Dachausbesserungen und eine ganze Reihe Nacharbeiten wären nötig gewesen. Weitere Reparaturen wären in absehbarer Zeit ausgeschlossen. Sämtliche Nachkredite werden ohne weitere Debatte bewilligt.

8. Fluchtlinienplan für das Gebiet der Oberurseler Chaussee. An Hand der Pläne erörtert Stadtbaurat Meyer die neue Fluchtlinie. Stadtv. Schlotter bittet die Konsolidierung dieses Gebietes ins Auge zu fassen, damit Mißstände wie in der Brendelstraße von vornherein vermieden würden. Stadtbaurat Meyer erwidert, die Konsolidierung sei Sache der Grundeigentümer, übrigens wäre es ratsam, erst die Fluchtlinie festzusetzen. Die Stadt hat nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht das Recht, eine Konsolidierung vorzunehmen, nach dem kommenden neuen Gesetz würde das voraussichtlich anders werden. An Versuche, zu konsolidieren, habe es nicht gefehlt. Bürgermeister Zeigen hält es ebenfalls für vorteilhaft, wenn zunächst die Baulinie festgestellt wird. Die Konsolidation liege nicht in den Händen der Behörde. Ueber die Grundbesitzer hat sie keine Gewalt, doch habe sie es an Anstrengungen in der angeregten Richtung nirgends fehlen lassen. Stadtv. Dr. Wertheimer beantragt zwecks näherer Prüfung des Planes Ueberweisung an beide Ausschüsse. Stadtv. Coerts erjucht den Magistrat trotzdem die Konsolidierung in Fluß zu bringen, es entstünden später weniger Schwierigkeiten, wenn vorher konsolidiert würde.

Der Antrag Dr. Wertheimers auf Ueberweisung an die Ausschüsse findet alsdann Annahme.

9. Fluchtlinienplan für die Kaiser-Friedrich-Promenade: der Magistratsantrag wird debattelos genehmigt.

10. Veräußerung eines an der Sandelmühle gelegenen städtischen Grundstückes an die Eheleute Kessler. Da es sich hier bloß um eine Namensänderung handelt, hat die Versammlung an dem Magistratsbeschluss nichts zu erinnern gefunden.

11. Erneuerung des Vertrages mit dem Unternehmer des städtischen Steinbruches: Mit unwesentlichen Änderungen wird der Vertrag, dem Magistratsantrag entsprechend, mit dem seitherigen Unternehmer Kreider auf weitere fünf Jahre erneuert.

12. Aufstellung des von Herrn Landrat a. D. von Brüning geschenkten Brunnens sowie eines Gedenksteines im „Kaiser-Wilhelm II.-Jubiläumspark“. Hierzu nimmt Oberbürgermeister Lübke das Wort, wobei er folgendes ausführte:

Meine Herren! Der Herr Landrat von Brüning hat mir vor einigen Tagen die Mitteilung gemacht, daß er den von dem Berliner Bildhauer Dammann gefertigten Brunnen erworben habe und der Stadt für den neuen Jubiläumspark zum Geschenk mache. Wir haben dem hochherzigen Schenkgeber bereits vor einiger Zeit unseren Dank für seine Absicht, der Stadt ein Kunstwerk zu schenken, ausgesprochen, ich möchte aber nicht verschlen, diesem Dank, nachdem nun möglich ist, daß es sich um den Dammannschen Brunnen, ein Werk von hohem künstlerischen Wert und von großer Schönheit handelt, nicht verschlen, diesen Dank heute zu wiederholen. Vor einigen Tagen haben nun Herr von Brüning und der Künstler mit mir an Ort und Stelle einen geeigneten Platz für den Brunnen ausgesucht, und wir sind

zu der Ansicht gekommen, daß er am besten und wirkungsvollsten auf dem Oval am Eingang des Parks, an der Ecke des Schwedenpfades und der Landgrafenstraße, zur Aufstellung gelangen wird. Er präsentiert sich den Besuchern des Parks hier sehr schön und kommt an eine Stelle, die wegen des regen Verkehrs und wegen der bewohnten Häuser in nächster Nähe auch vom Gesichtspunkt der Erhaltung des Kunstwerks gut gewählt erscheint, da an einem abgelegeneren Plage leichter Unfug und Beschädigungen vorkommen können. Auch Herr Siesmayer ist mit der Wahl des Platzes ganz einverstanden und wird die Terrainverhältnisse für die Aufstellung des Brunnens entsprechend gestalten. Die Zu- und Abführung des Wassers würde Sache der Stadt sein.

Eine Photographie des Brunnens ist bei den Akten und kann vielleicht hergegeben werden. Wir werden sie demnächst an passender Stelle ausstellen, damit auch unsere Bürgerschaft sie sich ansehen kann.

Ich bemerke noch, daß die weibliche Figur auf dem Sockel aus dem sehr widerstandsfähigen Untersberger Marmor ist, die beiden Leoparden sind aus Bronze. Der Brunnen kommt auf einen rechtlichen Sockel aus Granit zu stehen.

Was ferner den Denkstein anlangt, den wir auf Anregung Seiner Majestät des Kaisers zur Erinnerung an die Stiftung des Jubiläumsparks setzen wollen, so bin ich in der angenehmen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß die Sammlung in der Bürgerschaft bis heute den Betrag von 2133 Mark ergeben hat. Ich spreche den gütigen Gebern den besten Dank aus und werde in den nächsten Tagen die Liste der Beiträge veröffentlichen. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich noch weitere freundliche Stifter finden werden.

Bezüglich der Form des Denksteins schlägt der Magistrat Ihnen vor, einen Felsblock aus Taunusquarzit zu nehmen, der eine Bronzetafel mit der Inschrift erhalten soll. Als Platz schlagen wir vor, einen an dem Hauptwege im Park etwa in dessen Mitte gegenüber dem Eingang des Ganschen Grundstückes gelegenen Platz zu wählen.

Ich möchte nicht unterlassen, Ihnen mitzuteilen, daß Herr Stadtverordneter Weishaar mir gegenüber Bedenken gegen einen Naturfelsen geäußert und den Vorschlag gemacht hat, einen behauenen Sandstein aufzustellen, wie er hier im Modell vor Ihnen steht. Der Magistrat hat sich mit diesem Vorschlag nicht befassen können, da ihm dieser Stein angesichts einer gewissen Präferenz, die in der architektonischen Form liegt, zu unannehmbar erscheint. Für einen behauenen Stein würde es unserer Ansicht nach bedeutend größerer Mittel bedürfen, um etwas Würdiges herzustellen, während die Mittel für die Aufstellung eines schönen und durch seine Wucht imponierenden Felsblocks ausreichen werden. Vielleicht würde sogar noch etwas Geld übrig bleiben, das dann wohl für die Ausstattung des Parks mit Bänken benutzt werden könnte; wenigstens nehme ich an, daß dies im Sinne der Stifter der Geldbeträge liegt.

Vorbehalten muß selbstverständlich bleiben, die Allerhöchste Entscheidung für die Aufstellung des Brunnens sowohl als des Denksteins einzuholen.

13. Vorlage des Vorantrages der Kur- und Badeverwaltung für das Jahr 1914. Diese Vorlage begleitet Oberbürgermeister Lübke mit nachstehenden Ausführungen: Das verflossene Jahr hat uns einen erfreulichen Aufschwung in unserem Kur- und Badebetriebe gebracht. Wir haben die Zahl von 16 000 Kurgästen überschritten — eine Frequenz, wie wir sie seit einem Menschenalter nicht zu verzeichnen gehabt haben. Das bedeutet eine Zunahme von rund 1640 Kurgästen gegen das Vorjahr. Dementsprechend hat auch die Zahl der kohlensauren Mineralbäder, unseres hauptsächlichsten Heilmittels, eine erhebliche Zunahme erfahren, es wurden nämlich 37 521 verabfolgt gegen 34 238 in 1912. Die Tonschlammapplikationen stiegen von 7094 in 1912 auf 9956. Erfreulich ist die Zunahme auch bei den übrigen Heilmitteln. Die Gründe dieses Aufschwungs sind zu suchen in der wachsenden Anerkennung unseres Bades als ernstes Heilbad, des weiteren aber in der langen Anwesenheit Ihrer Majestät, insbesondere der Kaiserin, die hier eine Badekur unternahm, was dem Ansehen unseres Bades zu Gute kam, endlich in der verhältnismäßig günstigen Witterung im Früh Sommer und Herbst. Die Folge dieser gesteigerten Frequenz ist, daß unser Kurbetrieb mit dem über Erwartung großen Ueberschuß von 31 000 M. abschloß, der sich hauptsächlich aus einer Mehreinnahme an Kurtage von rund 11 000 M., an Tages- und Besichtigungskarten (4000 M.) an Eintrittskarten für Extravergnügungen, Saisonfeste u. s. w. (3000 M.) und an Mehreinnahmen in den Badehäusern von ca. 11 000 M. zusammensetzt.

Wenn wir bei der Aufstellung des neuen Etats auch vorsichtig vorgegangen sind, so haben wir doch die Einnahmen an verschiedenen Stellen, insbesondere da, wo das Vorjahr Ueberschüsse gezeigt hat, in die Höhe setzen können. Da aber verschiedene Ausgabenpositionen dringend einer Heraushebung bedurften, haben wir eine Balancierung des Etats ohne Zuhilfenahme eines Zuschusses aus dem durch den vorjährigen Ueberschuß gestärkten Reservefonds leider nicht erreichen können. Wir haben diesem vielmehr zu jenem Zweck in Höhe von 9620 M. heranziehen müssen. Dabei ist der Zuschuß der Stadt zu der Unterhaltung des Kurparks in Höhe von 15 000 M. bestehend geblieben, weil die Kur- und Badeverwaltung übereinstimmend mit dem Magistrat den bereits vor einem Jahre eingehend erörterten Standpunkt nach wie vor festhalten, daß der Kurpark, der jedem man zugänglich ist, zum wesentlichen Teil als städtischer Park anzusehen ist. Uebrigens stehen in den 15 000 M. auch die Kosten für Unterhaltung der rein städtischen Plätze vor dem Kurhause und an der Ferdinandsstraße, sowie der städtischen Alleen.

Unter den Ausgaben, die erhöht bzw. neu eingestellt worden sind, sind zu nennen:

- a) Die Ausgaben für Kellere, die um 4000 M., nämlich auf 19 000 M. heraufgesetzt sind,
- b) eine Reihe von baulichen Umänderungen, Neuanbauten und dergl. von an sich geringem Umfange, von denen ich besonders nur nennen will den Kosten von 1000 M. für Neuanbau von Mobiliar für das Theater, 900 M. für Anstrich der Wandfläche im Theaterhof etc. 750 M. für einen fahrbaren

Vacuumreinger im Kaiser Wilhelms Bad, 800 M. für Verglasung der Veranda in der Mollenanstalt, 1000 M. für Renovierungsarbeiten im Stallgebäude daselbst.

c) Erhöhung der Position für Vergnügungen um 2000 Mark,

d) Endlich erschien es angezeigt, eine Reihe von Angestellten in ihren Bezügen aufzubessern, darunter den Bureaugehilfen, den Kurtaxeheber, die Kurhausportiers, den Kustos des Lesesimmers um je 100 M., während die Wärter und Wärterinnen im Kurhausebad 20 M., die Arbeiter 10, die Pufffrauen 20 M. mehr erhalten sollen. Es ist leider nicht möglich gewesen, allen Wünschen auf Aufbesserung gerecht zu werden. So haben wir geglaubt, die Frage einer Gehaltszulage für die Kurmusiker noch zurückstellen zu müssen, da diese einmal vor einigen Jahren bereits durch Einführung einer Gehaltskala eine Besserstellung erfahren haben, und da wir ihnen andererseits durch Zuführung ihres vollen Gehalts für den Fall einer Erkrankung auf 26 Wochen eine Wohlthat erwiesen haben, auf die sie rechtlich keinen Anspruch hatten, die sie überdies auch der Zahlung der Krankenkassenbeiträge enthebt. Zwischen haben sie ein neues Gehalt eingereicht, das der Erhebung noch harret. Ihm ist eine Tabelle über die in einer Reihe deutscher Städte gezahlten Orchestergehälter beigelegt, aus welcher ein hieriges Blatt einen „Tiefstand“ der Musikergehälter in Homburg glaubt feststellen zu dürfen. Meine Herren, ich bin nicht in der Lage, mich heute über die Richtigkeit dieser Tabelle zu äußern, weiß auch nicht, ob das Blatt diese geprüft hat, es ist mir ferner unbekannt, ob in den aufgeführten Städten den Orchestermitgliedern nicht andererseits wieder Vorteile versagt sind, welche unsere Kurmusiker besitzen, wie die eines Rechtsanspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge, der m. W. durchaus noch nicht überall die Regel bildet. Auch ist mir unbekannt, ob die Herren Mengelberg und von Hausegger, deren Eintreten für die Mitglieder unseres Orchesters durchaus begreiflich ist, die eingehende Kenntnis dieser Verhältnisse besitzen. Die Kur- u. Bade-Verwaltung wird sich mit der aufgeworfenen Frage eingehend und mit Wohlwollen befassen, nur glaube ich die Bemerkung nicht unterdrücken zu sollen, daß mit solchen Zeitungsartikeln, die auf einer einseitigen Information zu beruhen scheinen, der Sache zweifellos nicht gedient wird.

e) Neu eingeführt ist die Stelle eines zweiten Paraulsehers für das ganze Jahr, was durch die Vermehrung der schuhbedürftigen Gegenstände wie das neue Tennishaus und der Stempel und andererseits durch den zunehmenden Unfug bedingt wird, der leider wahrzunehmen ist. Zudem sind ordentliche Leute für ein halbes Jahr kaum zu bekommen.

Das Extraordinarium enthält an wichtigen Ausgabenpositionen folgende:

- a) 4000 M. für Umänderung des Kurhauses, Schaffung eines Windfanges und eines Kassenraumes. Es soll nämlich die Zwischenwand zwischen der Wandelhalle im Kurhaus und dem Vorraum vor dem Konzertsaal herausgenommen werden, um eine bessere Passage zu schaffen, und ein durch diese Fortnahme erforderlich werdender Windfang an dem Eingangsportal geschaffen werden, der auch den Raum für den Verkäufer der Eintrittskarten enthalten soll.
- b) 2500 M. für die mit jener Veränderung im Zusammenhang stehende Umänderung der Garderoben, die vergrößert und besser zugänglich gemacht werden sollen.
- c) 2000 M. für Anschaffung von Rohrmöbel für die Wandelhalle im Kurhaus.
- d) 2000 M. für die Einrichtung einer Winterkur, die bereits vorausbewilligt sind.
- e) 1800 M. für Umänderung der Douche-Anlage und Aufstellung eines Katheders im Kaiser-Wilhelms-Bad.
- f) 1400 M. für Umdecken weiterer Dachflächen daselbst im Kaiser-Wilhelms-Bad.
- g) 1000 M. für Renovierung des Wartesaals, der mit Rohrmöbeln ausgestattet werden soll.
- h) 1200 M. für Aufstellung weiterer Hydranten im Kurpark.
- i) 9620 M. zur Deckung des Fehlbetrages im Ordinarium.
- k) endlich 80 000 M. Restzahlungen für Neubohrungsarbeiten am Elisabeth-Brunnen, Mineralwasserreservoir etc.

Während die Ausgaben — i aus den vorhandenen Reserven bestritten werden sollen, wird der Betrag von 80 000 M. im Wege des Anlehens aufgenommen werden müssen. Hierüber wird seiner Zeit noch besondere Vorlage gemacht werden.

Ich schließe meine Ausführungen mit dem Wunsch, daß das Jahr, in das wir eingetreten sind, dem Kurwesen unserer Stadt einen weiteren Aufschwung bringen möge.

Bezüglich der vom Magistrat abgelehnten Aufbesserung der Gehälter der Orchestermitglieder nimmt zunächst Stadtv. Dombach das Wort. Er nimmt vor allem Anstoß an dem Wort, welches der Magistrat in seinem ablehnenden Bescheid an die Orchestermitglieder gebraucht habe, wegen „richtiger Wirtschaftsführung“. Die augenblicklichen Gehälter seien so kärglich bemessen, daß es ihm unbegreiflich erscheint, damit eine Familie zu ernähren. Dazu kämen die Aufwendungen für Garderobe und Wasche. Er empfiehlt, der Eingabe der Musiker mit Wohlwollen entgegenzukommen. Eine Vertröstung bedeute einen Stein geben, und wir wollen ihnen doch keine Steine, sondern Brot geben. Oberbürgermeister Lübke: Der vom Stadtv. Dombach beanstandete Satz wegen „richtiger Wirtschaftsführung“ sei mißverstanden worden und einer irrtümlichen Auslegung wolle er vorbeugen. Dem Magistrat habe nicht fern gelegen als einen Vorwurf zu machen. Man sei der Ansicht gewesen, daß die Musiker bei normalen Verhältnissen ihr Auskommen finden würden. Auf keinen Fall aber habe damit angedeutet werden sollen, daß

die Orchestermitglieder, wenn sie richtig zu wirtschaften verständen, mit ihrem Gehalte auskommen müßten. Stadtv. Dr. Zimmermann meint, es sei einer Prüfung wert, ob die Musikergehälter so gering sind und ob Homburg in dieser Beziehung an vorletzter Stelle stehe. Im vorliegenden Falle sei es ein städtischer Zuschuß ebenso gerechtfertigt wie beim Park. Auch er stehe der Sache wohlwollend gegenüber und bittet um Vorschläge seitens des Finanzausschusses. Stadtv. Zimmerling: Der Herr Oberbürgermeister habe bezüglich des Auskommens der Musiker besondere Fälle ausgenommen. Es sei doch recht fraglich, ob solche Fälle überall in den Familien im Minimum nicht bereits vorhanden sind. Wo sie nicht vorhanden, wäre das ein großes Glück zu nennen. Auf einen Vergleich mit anderen Städten mit ganz anderer Einwohnerzahl wolle er nicht eingehen. Hauptsache sei, ob die Musiker mit ihren Gehältern auskommen. Einnahmen aus Nebenerwerb habe nur ein kleiner Teil von ihnen, und dazu käme noch die Konturrenz. Er bittet um wohlwollende Prüfung, ob die Gehälter, mit Rücksicht auf die herrschende Teuerung, ausreichend sind. Stadtv. Prof. Dr. Sprand glaubt, daß die Stadt moralisch verpflichtet sei, hier etwas zu tun. Der Musikerstand, das sei auch hier der Fehler, leide an Überproduktion. Auch er hofft, daß der Finanzausschuß Mittel und Wege finden möge, um den Wünschen der Musiker nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Oberbürgermeister Lübke muß Einspruch dagegen erheben, daß die Verwaltung aus der Überproduktion der Musiker Nutzen ziehen wolle. Die Angelegenheit werde zunächst seitens der Kur- und Badeverwaltung eingehend und wohlwollend geprüft. Es berühre ihn sehr angenehm, und das werde auch die Entschlieung der Verwaltung erleichtern, daß im Kreise der Stadtverordneten für die Musiker eine so wohlwollende Stimmung herrsche. Stadtv. Dr. Wertzheimer ist ebenfalls der Meinung, daß die Gehälter der Musiker zu gering sind. Es klinge wie eine bittere Ironie, wenn im Etat der Gehalt eines ersten Violinisten, im Verhältnis zu demjenigen des Musikdieners, der noch dazu Uniform erhalte, mit 1780 M. erscheine. Er hofft, daß Mittel und Wege gefunden werden möchten, die den Orchestermitgliedern ihre Existenzbedingungen erleichtern. Stadtv. Behle bemerkt, daß alle Schwierigkeiten dieser Gehaltsfrage darauf zurückzuführen sind, daß der Kurstat in sich balancieren soll. Die Kur- und Badeverwaltung habe vor zwei Jahren die Gehälter der Musiker um einen entsprechenden Betrag erhöht. Er gibt zu, daß trotzdem die Besoldung keine hohe ist. Wenn aber etwas geschehen soll, dann müßte der Abonnementspreis, was durch die großen Konzerte im Winter gerechtfertigt erscheine, erhöht werden oder die Stadt müßte einen Zuschuß auf die Allgemeinheit übernehmen.

Damit ist die Diskussion geschlossen und die Vorlage wird dem Finanz-Ausschuß überwiesen.

14. Interpellation in der Angelegenheit, betreffend den Neubau einer Kaserne und die damit verbundene Platzfrage.

Oberbürgermeister Lübke: Meine Herren! Der Wunsch unserer Bürgerschaft, der in der eben vorgetragenen Interpellation seinen Ausdruck gefunden hat, über die Frage des Verkaufs des alten Kasernengrundstücks und über den eventuellen Neubau einer Kaserne Klarheit zu bekommen, ist sehr begreiflich und berechtigt. Ich bin aber nicht in der Lage, heute mehr zu sagen, als das wir das seiner Zeit von den städtischen Körperschaften beschlossene Kaufangebot betreffs des Kasernengrundstücks an der Promenade dem Kriegsministerium eingereicht haben und daß wir eines endgültigen Bescheides darauf noch entbehren. Der Magistrat wird aber auf Ihre Interpellation eine Anfrage an das Kriegsministerium richten und um beschleunigte Antwort bitten.

An der hier einsehenden Diskussion, die an der wirklichen Sachlage, wie sie Oberbürgermeister Lübke geschildert, nichts ändert, beteiligten sich die Stadtverordneten Zimmerling, Prof. Dr. Sprand, Gerst, Dr. Zimmermann, Raab, Paul, Debus und die Stadträte Dr. Wien und Braunshweig.

Außerhalb der Tagesordnung erinnert Stadtv. Dippel an die Vergabung von Notstandsarbeiten und meint, der Magistrat sollte in dieser Hinsicht etwas schneller arbeiten. Oberbürgermeister Lübke versteht den Ton nicht recht, den der Stadtv. Dippel anschlägt. Nach den Erhebungen, die er veranlaßt habe, sei ein wirklicher Notstand nicht vorhanden. Danach wären im Stadtteil Kirchhof 6 und in Homburg 24 Personen arbeitslos. Würde ein wirklicher Notstand eintreten, dann wäre der Magistrat sofort bereit, helfend einzugreifen. Im übrigen müsse er die Spitzen des Stadtverordneten Dippel zurückweisen. Einen derartigen Ton sei man in diesem Saale nicht gewohnt, und er würde auch ein gedeihliches Verhältnis nicht fördern.

Stadtv. Dippel gibt zu, daß er sich geirrt haben könnte, er sei eben noch Neuling. Die Gewerkschaften leisteten heute manches, was sonst den Sädel der Allgemeinheit und die Armenpflege belasten würde. Genosse Kappus habe wiederholt die Vergabung von Notstandsarbeiten beantragt, und die Stadt sei verpflichtet, in dieser Weise für unverschuldet Arbeitslose zu sorgen. Daß in Kirchhof nur 6 und in Homburg nur 24 Personen arbeitslos wären, bestreite er ganz entschieden. Indes sei er über die wirkliche Anzahl Arbeitsloser nicht genau unterrichtet, sollte er sich geirrt haben, so werde er gern seinen Fehler einsehen. Er habe nur noch die Bitte, der Magistrat möge das Seine dazu beitragen, die herrschende Arbeitslosigkeit zu mildern.

Damit ist die öffentliche Sitzung geschlossen.

* Frankfurter Pferdewärter. Die in Süddeutschland gern beachteten Pferdewärter unserer Stadt wurden auch in diesem Jahre auf jeweils den ersten Mittwoch im Monat festgelegt; der erste findet am 4. Februar statt. An diesem Markttag werden in der landwirtschaftlichen Halle etwa 700 bis 800 Pferde zum Verkauf gestellt, sodaß für die Landwirte und Industriellen, welche Arbeitspferde für ihren Betrieb benötigen, sich gute Gelegenheiten zum Kauf und Verkauf bieten wird. Angekündigt wurden meist belgische und französische Lastpferde; mit norddeutschen Pferden werden nur einige Rükter vertreten sein.

* Homburger Gewerbeverein. Wie der Vorstand bereits in Anzeigen bekannt gab, findet heute Mittwoch abend im Schützenhof eine allgemeine Handwerkerversammlung statt, in welcher Herr Obermeister Anier-Gassell einen Vortrag halten wird über: „Forderungen des Handwerks an Staat und Stadtverwaltung“ und „Was kann die Stadtverwaltung zur Förderung des Gewerbes beitragen.“ Alle Gewerbetreibenden sind hierzu eingeladen.

Hty. Der Stenographen-Verein Stolz-Schrey hielt am Montag, den 2. Februar in seinem Vereinslokale „Frankfurter Hof“ seine 27. Generalversammlung ab, die einen zahlreichen Besuch seitens der Mitglieder aufzuweisen hatte. Der Jahresbericht pro 1913 liegt gedruckt vor und ist diesem zu entnehmen, daß der Verein auch im letzten Jahre sowohl bei den verschiedenen Wettstreiten sowie bei allen sonstigen Veranstaltungen gute Erfolge aufzuweisen hat. Erwähnt soll z. B. nur werden, daß der Verein ca. 1) Mitglieder, die eine Schreibgeschwindigkeit von 100 und mehr Silben in der Minute erreicht haben. Der Kassierer, Herr W. Schlottner, erstattete den Kassenbericht, nachdem sich die Kassenverhältnisse, wie folgt stellen. Die Einnahmen belaufen sich auf 993,36 M., denen an Ausgaben 907,93 M. gegenüberstehen, mithin gegenwärtig ein Kassenbestand von 85,43 M. Das Gesamtvermögen des Vereins, Reservefonds, Damentpense und Kassenbestand beträgt Ende 1913 754,71 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 69,91 M. Mithin zeigt der Rechnungsabluß ein befriedigendes Bild. Dem Rechnungsführer wird hierauf nach Bericht der Kassenprüfer Entlastung erteilt. Der Voranschlag für 1914 findet die Genehmigung der Versammlung. Zum Punkt Vorstandswahl hat eine Ertragswahl für den von hier abweisenden bisherigen 2. Vorsitzenden, Herrn Wg. Stolz, stattgefunden. An dessen Stelle wird von der Versammlung Herr Gerichtsjekretär Carl Schüler einstimmig gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder werden per Akklamation wiedergewählt, sodaß sich der Vorstand jetzt wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender, C. Schüler, 2. Vorsitzender, Friedr. Schmidt, Schriftführer, Wg. Schlottner, Kassierer, Carl Mathay, Bibliothekar, C. Jäger und Wg. Herzberger als Beisitzer, sowie den Damen Fräulein Minna Schüler und Erna Holzmann. An dem Frühjahrstag in Oberursel wird sich der Verein mit einer größeren Anzahl von Teilnehmern am Wettstreiten beteiligen; ebenso wird der Verein durch Teilnehmer am Wettstreiten der Bundesversammlung in Fulda vertreten sein. Zur Erleichterung des Besuchs dieser Versammlung wird eine Reisefasse gegründet. Nähere Einzelheiten über den Bundesstag werden später bekannt gegeben werden. Auch in diesem Jahre wird der Verein einen Debattenschriftkurs veranstalten, dessen Leitung Herr Fr. Schmidt übernehmen wird. Um auch das gesellige Leben im neuen Vereinsjahre richtig zu pflegen, wird der Verein eine Nachschußveranstaltung in seinem Vereinslokale „Frankfurter Hof“ am Rosenmontag veranstalten. Von dem letzten Punkt der Tagesordnung, sonstige Vereinsangelegenheiten, ist die Mitteilung hervorzuheben, daß 34 Mitglieder dem Vereine 10 Jahre und darüber angehören und daß die Gesamtmitgliedszahl des Vereins zur Zeit 161 beträgt. Aus der Statistik verdient Erwähnung, daß die Zahl der Unterrichteten in Preußen nach Stolz-Schrey 111 656 nach Gabelsberger 32 600 erreicht hat, also ein Mehr zu Gunsten des Systems Stolz-Schrey von ca. 79000 Unterrichteten. Der 1. Vorsitzende, Herr Ferd. Schlottner, schließt die Generalversammlung mit dem Wunsche, daß auch in dem neuen Vereinsjahre für den Verein Gespriechliches geleistet und jedes Mitglied seine volle Kraft zur weiteren tatkräftigen Entwicklung des Vereins einbringen möge.

* Infolge Stromunterbrechung trat gestern abend im gesamten Straßenbahnbetriebe eine mehrstündige vollständige Verkehrshemmung ein. Auch in zahlreichen Häusern, u. a. im Rathaus, machte sich die Störung unliebsam bemerkbar.

e. Verband Mitteldeutscher Industrieller. Die Ortsgruppe Homburg-Oberursel des Verbandes Mitteldeutscher Industrieller wird Donnerstag, den 5. Februar, abends 9 Uhr in Homburg im Restaurant „Strahburger Hof“ eine Industriellenversammlung abhalten, in der Dr. Andreas, Syndikus des Verbandes Mitteldeutscher Industrieller, einen Vortrag halten wird über „Wirtschaftspolitische Tagesfragen.“ In diesem Vortrag und der sich anschließenden Diskussion werden alle z. Bt im Vordergrund des Interesses stehenden wirtschaftspolitischen Fragen behandelt, wie insbesondere die Annäherung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller an den Bund der Landwirte, die von der Reichstagskommission beschlossene Aenderung des Gesetzentwurfs über die Konkurrenzklause, der Stand der Frage des Arbeitswilligenschutzes und die sozialpolitische Seite der Reform des Patentresezes. Da diese Fragen für die Industrie von aktuellem Interesse sind, so ist zu erwarten, daß die Versammlung der Ortsgruppe Homburg-Oberursel des Verbandes Mitteldeutscher Industrieller in den Kreisen der Industrie von Homburg und Umgegend allgemeine Beachtung finden wird. Der Versammlung wird eine Vorstandssitzung vorausgehen.

* Nachweis der Milcherhitzung durch Guajakinktur. Der Herr Landwirtschaftsminister hat angeordnet, daß die veterinärpolizeilich vorgeschriebene Erhitzung der Milch in Gehöften, in denen die Mäul- und Klauenseuche herrscht, durch die Gendarmen überwacht wird. Eine ausreichende Erhitzung wird erzielt entweder durch wiederholtes Aufkochen über offenem Feuer oder durch Erhitzung im Wasserbad auf 85 Grad für die Dauer einer Minute. Zum Nachweis dieser Erhitzung der Milch dient die Prüfung mit der Guajakinktur. Sie beruht auf der Eigenschaft der Laktur, in Mischung mit unerhitzter (roher) oder nur bis auf Temperatur unter 80 Grad erhitzter Milch dieser eine deutlich blaue Färbung zu geben. Durch Erhitzung der Milch auf wenigstens 80 Grad wird der Milch die Fähigkeit zur Reaktion mit der Laktur genommen, sodaß gekochte oder im Wasserbad ausreichend erhitzte Milch durch die braune Guajakinktur lediglich hellbräunlich gefärbt wird.

Es ist also mit der Guajakinkturprobe möglich, gekochte und ungekochte Milch sofort zu erkennen. Die Vorschrift, daß aus verseuchten Gehöften nur ausreichend erhitzte Milch weggegeben werden darf, hat den Zweck, Uebertragungen der Mäul- und Klauenseuche auf Menschen und Tiere zu verhüten, welche durch Genuß roher Milch erkranken können.

Der Kreisausschuß hat die Anschaffung von Untersuchungsbeständen, auf Kreislosten beschloffen; der Kgl. Kreisrichter Herr Peterlinarrat Zahner hielt am 2. Februar im Sitzungssaal des Kreisausschusses einen kurzen Vortrag, welchem sämtliche Gendarmen und viele Polizeibeamte der Städte und Gemeinden des Ober-Taunuskreises beizuhöhen, und erläuterte die einfache Handhabung der Probe. Die Gendarmen und Polizeibeamten sind angewiesen, falls bei ihren Untersuchungen die Nichterhitzung der Milch entgegen einer polizeilichen Anordnung festgestellt werden sollte, eine genügende Menge Milch (1/4 Liter) zu entnehmen und sie zur endgültigen Untersuchung an die vorgeschriebene Untersuchungsstelle einzusenden.

G.C. Neue Berliner Hotel-Transaktion. Das Warenhaus für deutsche Beamte A.G. hat das ihr gehörige Hotel Reichstag, Bismarckstraße 2, früher Hotel des deutschen Offiziers-Vereins, an den bekannten Hotelier J. C. Schweimler, früher Generaldirektor des Hotel Cumberland und langjähriger Besitzer des Grand Hotel in Bad Homburg v. d. Höhe, ab 1. April zum Preise von 125,000 M. p. a. auf 10 Jahre verpachtet. Wie wir hören wird das Haus vollständig neu eingerichtet und werden sämtliche Zimmer mit laufendem kalten und warmen Wasser versehen. Als besondere Neuuerung ist bereits schon der Einheitspreis von 4.50 M. für Zimmer mit Frühstück eingeführt worden.

9. Schöffengerichtssitzung vom 4. Febr. Den Vorsitz führte Herr Amtsgerichtsrat Rasse, die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Hilfsanwalt Danzinger, als Gerichtsschreiber fungierte Herr Referendar Lehmann und als Schöffen die Herren Oskar Fischer Privatier von Oberursel und Georg Höller Wegger von Friedrichsdorf. Zur Verhandlung standen folgende Sachen: Ein Zimmermann zu Oberursel erhält wegen ehrenrühriger Verleumdung gegen einen dortigen Maurerpolier 30 Mark Geldstrafe, auch wurde Publikationsbefugnis zugelassen. — Gegen einen Weibhinder zu Kirchdorf war Strafantrag wegen Paragraph 185 gestellt. Die bestrittene Kerkernisverurteilung wurde nachgewiesen, aber geistige Minderwertigkeit zugebilligt. Erkannt wurde auf 30 Mark Geldstrafe. — Ein Hund, welcher einem Zimmermeister zu Kirchdorf gehörte, wurde von dem Hundefänger festgenommen, weil die Marke fehlte. Die richterliche Entscheidung ergab die Befristung der Geldstrafe von einer Mark. — In einer hiesigen Weinstube nahm ein durchreisender Weibhinder aus Pfaffenhausen der bedienenden Bede aus dem Büffet ein Portmonnaie mit 140 M. in Gold an sich. Seine Entschuldigung, einen Scherz gemacht zu haben, findet keinen Glauben. Urteil 1 Woche Gefängnis ohne Anrechnung der Untersuchungsfrist. — 2 Bettler erhalten je 10 Tage Haft.

Aus Nah und Fern.

* Königslein, 3. Febr. In der Schneidhainer Gemarkung gingen 20 Jäger und 15 Treiber wohl auf die Pirsch und brachten nach langem Jagen zur Strecke nur einen einzigen Hirsch.

— Höchst a. M., 1. Febr. Dem Wiesb. Tagebl. wird geschrieben: Wie man hört, soll nach Vollendung des hiesigen Amtsgerichtsneubaus eine Ueberweisung einzelner Orte des Amtes Königslein in den hiesigen Amtsgerichtsbezirk erfolgen. Es sollen dabei die Orte Eppstein, Bockenhäuser, Altkheim und andere Dörfer in Betracht kommen.

— Wiesbaden, 4. Febr. Wie das Wiesbadener Tageblatt meldet, ist am Samstag abend der bei der Warschauer Zillaabfabrik, der chemischen Fabrik Galle u. Co. in Viebrich angestellte Kassenbote Hefrich aus Viebrich einem Raubmord zum Opfer gefallen. Hefrich wurde am Samstag von drei maskierten Männern auf dem Rückwege von der Bank überfallen und durch mehrere Revolverschläge getötet. Die Räuber entrißen ihm die Geldtasche, doch fand sich kein Geld mehr darin da er den abgehobenen Betrag dem Kassierer Meyer übergeben hatte.

— Mannheim, 3. Febr. Auf der hiesigen Luftschiffwerft steht das zweite Militär-Luftschiff System Schütte-Lanz zur Fahrt bereit. Noch in dieser Woche soll die erste Probefahrt unternommen werden. Die militärische Abnahme-Kommission ist bereits hier eingetroffen. Das neue Luftschiff, das mit 150 Metern die Länge des ersten Luftschiffes dieses Typs um 25 Meter übertrifft, wird nach seiner Abnahme die Reise nach seinem Standort Eleggitz antreten.

Hamburg i. Nies., 4. Februar. Ende Januar stellte sich bei der Gendarmerie Harburg der Zeilenhauer Max Lommel von Niescheid mit der Beschuldigung, er habe einen Mord begangen. Lommel gab an, daß er am 2. Februar 1913 bei Höchst a. M. mit zwei Helfern einen Arbeiter ausgeraubt und den Mann dann in den Main geworfen habe. Lommel wurde dem Amtsgericht Donaunorth vorgeführt. Es sind Erhebungen eingeleitet, inwieweit die Angaben des Verhafteten der Wahrheit entsprechen.

— Oberstein a. N., 3. Febr. Die letzten Ermittlungen in Sachen des Raubmordversuches in dem Bingerbrück-Meyer Personenzuge ergaben, daß der angeblich überfallene Schlicht ein von der Kriminalpolizei flüchtiglich verfolgte Defraudant ist, der als Angehöriger der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Mainz 600 M. unterschlagen hat.

— Heilbronn, 4. Februar. Hauptlehrer Wagner ist infolge Beschlußes der Strafkammer im Einverständnis mit der königlichen Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt und dauernd in eine Irrenanstalt verbracht worden.

— Berlin, 4. Febr. Die Kranken- und Invaliditätsbeiträge für Dienstboten sind für Berlin infolge einer Entscheidung des Versicherungsamtes, da eine Festsetzung der Sachlage erfolgte, erheblich herabgesetzt worden.

— London, 3. Febr. Lord Strathcona hinterließ testamentarisch neunehnhundert Millionen Mark für öffentliche Einrichtungen. Der größte Teil hiervon geht an zwei kanadische Hospitäler. Außerdem erhält die amerikanische Yale-Universität 2 Millionen Mark.

— Petersburg, 4. Febr. In Süd-Sibirien entstand zwischen Bauern und Kirgisen eine Schlägerei. Etwa 300 Mann nahmen mit Keulen, Deugabeln und Flinten bewaffnet, am Kampfe teil, 18 Personen wurden getötet und 60 mehr oder minder schwer verletzt.

Donnerstag frisch eintreffend:

la. Brat-Schellfische Pfd. 18
 Cablian mit Kopf Pfd. 20
 Schellfische groß Pfd. 42

Ausnahme- Angebot für Konserven

	Ko.	1/2 K.
Aprikosen	1.40	75
Apfelpurée	58	34
Erdbeeren natur.	1.20	65
Heidelbeeren	64	37
Mirabellen rhein.	76	43
Mirabellen feine	80	45
Kirschen rot u. schwarz	85	48
Pflaumen süß mit Stein	43	27
Reineclauden	85	49

Frankfurt. Würstchen
 8er Paar 24 Pfg.

Halberstädter Würstchen
 Paar 20 Pfg.

Große Salzgurken St. 8

**Schade
&
Füllgrabe**

Louisenstr. 38 Tel. 371
 Kirdorf Badstr. 5.

Villa in feinsten Lage

mit ex. 3500 qm. Garten, enthaltend 8
 Zimmer und Zubehör sehr preiswert zu ver-
 kaufen durch

J. Fuld, Louisenstraße 26.

Oeffentlicher Vortrag

Donnerstag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr im oberen Saale
 zum Römer, Elisabethenstraße

Christus, wie wir ihn heute sehen

Referent P. Thurm.

Eintritt frei.

Damen und Herren willkommen.

Mobiliar-Versteigerung.

Freitag, den 6. Februar, nachmittags 2 Uhr versteigere ich Friedrichstraße
 Nr. 2 dahier, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung folgende Gegenstände:

ca. 12 große Betten, ca. 8 Kinderbetten, ca. 8 Waschtische mit Nachtschränke,
 Schreibtisch mit Aufsatz, Gasöfen, Traghare, Komoden, Bertikons, elektr. Beleuch-
 tungskörper, 1 Partie Reisekoffer, 1 Herd, 1 Badewanne mit Gasofen, 1 Wasch-
 mangel, Waschtücher, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, verschiedene Bilder, Teppiche, ca.
 20 Paar Vorhänge, sowie viele andere Gegenstände.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 2. Februar 1914.

August Herget, beeidigter Auktionator & Taxator.

Elisabethenstraße 43.

Telefon 772.

Die Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes

werden hierdurch in Kenntnis gesetzt, daß der nächste Vortragsabend am Freitag
 den 6. Februar, 8 Uhr abends im Unteroffizierkafino des 3/80 stattfindet.

Es spricht Herr Stabsarzt Dr. Buch über:

„Skizzen aus Südwestafrika“.

Im Anschluß hieran kameradschaftliche Vereinigung. Die Herren Offiziere des
 Beurlaubtenstandes sind hierzu freundlichst aufgefordert.

Königl. Meldeamt.



Paßberichte

Formulare zu Anträgen auf Erteilung von
 (Reise)paß pro Buch Mk. 1.50 im Verlag
 der Freis. Ztg. vorrätig.

Möbliertes Parterre-Zimmer

mit oder ohne Pension billig zu vermieten
 Bäckerei, Mühlberg.

Piano

modern Aufbaum billig zu verkaufen.

Pianoforte-Fabrik

Wilh. Arnold, Kgl. Bayer. Hofl.
 Aschaffenburg.



sowie alle anderen Sorten

Kohlen und Koks

empfiehlt in nur vorzüglicher Qualität

Heinrich Heffinger,
 Haingasse.

Telefon 368

Telefon 368.

Wilhelm Dörjam

empfiehlt für modern. Haarfrisuren

Böpfe, Locken, Haar-
 unterlagen usw. usw.

in größter Auswahl.

Von ausgefallenen Damenhaaren
 werden Böpfe, Locken, Haarunter-
 lagen, sowie alle anderen Haararbeiten
 billigst angefertigt.

Ausgefallene Damenhaare werden
 angekauft.

22 Louisenstraße 22

Möbliertes Mansarden-Zimmer

heizbar zu vermieten

Bäckerei, Mühlberg

Zu vermieten

schöne 3-Zimmerwohnung im Obergeschoß
 nebst allem Zubehör und Gartenanteil, Seifen-
 grundstraße Nr. 9. Näheres bei

Chr. Lang, Maurermeister.

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienst in der Erlöser-Kirche.

Donnerstag, 5. Februar, abends 8 Uhr 10

Wochengottesdienst

Herr Dekan Holzhausen.

(Matth. 9, 16 und 17).

Obst- u. Gartenbauverein

Bad Homburg v. d. Höhe E. V.

Samstag, den 7. Februar d. Js., abends 8 1/2 Uhr in den Räumen
 des Kurhauses

Winterfest

zu welchem die Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Saaloöffnung pünktlich 8 Uhr.

Einladungen sind durch den Vorstand zu erwirken.

Institut von Puttkamer

Friedrichsdorf

höhere Mädchenschule mit dem Lehrplan des Lyzeums.
 Fortbildungskurse und Vorbereitung zum Sprachlehrerinnen-Examen.
 Gründlicher Unterricht in kleineren Klassen.

Anmeldungen an

Freiin v. Puttkamer,

staatlich geprüfte Schulvorsteherin.

Homb. Grund- u. Hausbesitzerverein.

Nächste Monatsversammlung Mittwoch, den 11. Februar 1914,
 abends 1/9 Uhr im „Schützenhof“ hier.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag betr. Hypotheken mit Lebensversicherung.
2. Ansiedlungs-Propaganda.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.



Der Onkel ist gut aufgelegt
 Seit er die Schuh mit Erdal pflegt

Der Einziger von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganzen
 Satz von 25 ABC-Künstlermarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.